Rundschreiben Nr.44 (X.X.X 9.12.75)
ZUR PROTESTDEMONSTRATION GEGEN DIE TARIFERHÖHUNGEN BEI STROM UND GAS.

Im Zuge der Diskussion über die geplante Protestdemonstration am Freitag sind in einigen Einheiten insbesondere der Massenorganisationen Unklarheiten, Zweifel und Kritiken aufgetaucht, die bislang nur z.T. ausgeräumt werden konnten.Von seiten der KB-Leitung wurde der Fehler gemacht, nicht frühzeitig und schriftlich eine Einschätzung der Situation und im besonderen eine Erklärung der geplanten Demonstration vorgelegt zu haben. Hier soll jedenfalls in kurzer Form auf die Fragen eingegangen werden, die aufgrund des bisher erlangten Überblicks über die Diskussion in den Organisationen als die dringendsten erscheinen.

Laut einem Bericht über die Diskussion in einigen Einheiten der VUV sind dort folgende Fragen und Argumente aufgetreten:
+ Eine Demonstration solle am Ende einer Kampagne, d.h. zumindest nachdem die Forderungen und Losungen innerhalb der Massen verankert erscheinen, eingesetzt werden und nicht am Anfang. Der KB schätze ja die Lage selbst so schlecht ein (die Leute fallen auf die Regierungspropaganda und den Kreisky herein..), glaube ja selbst, dass man heute dafür niemand mobilisieren könne. Wie könne man deshalb schon am Anfang des Ganzen eine Demonstration setzen. Eine Demonstration sei jetzt nicht sinnvoll, damit könne man nicht an die Leute herankommen und die notwendige Überzeugungsarbeit leisten. Dafür wären jetzt z.B. Stände oder ein Tafelmarsch in der Mariahilferstr. viel sinnvoller.
+ Die Demonstration hätte gar keine Losungen und Forderungen.
+ Mit der geplanten Demonstration bestünde überhaupt die Gefahr, dass wir uns von den Massen isolieren.-

Die Probleme beginnen auf der Ebene der Einschätzung der politischen Situation und der Kampfbedingungen; die auf den diversen Treffen gehaltenen Referate und Diskussionen haben hier z.T. keine ausreichende Klarheit herstellen können. Es passiert, dass eine Seite der gegenwärtigen Lage in sehr pessimistischer und defaitistischer Manier verabsolutiert wird.Worum geht es hier?
Es wurde in einem mündlich gehaltenen Referat des ST.A. dargelegt, dass bereits diese Woche ein schwerer Brocken einer ganzen Welle von staatlichen und kommunaklen Massnahmen zur Ausplünderung der Werktätigen beschlossen werden soll: die Strom- und Gastariferhöhung der Gemeinde Wien. Diese Massnahmen werden über mehrere Monate hindurch eine ganze Reihe weiterer folgen und sie werden mit grösserer oder geringerer Verzögerung alle auf die Taschen der Werktätigen wirksam spürbar werden. Es ist wichtig zu sehen, dass hier zur Preistreiberei und zum Lohnraub der Kapitalisten, der mit großer vehemenz eingesetzt hat, die Preistreiberei und die Ausplünderung durch die Gemeinde und den Staat hinzukommt. Dass keine Rede sein kann von einem Ende der Krise, sondern dass sich die Lage der Massen im Zuge all dieser Massnahmen und nicht zuletzt im Zuge der zu erwartenden hohen Arbeitslosigkeit notwendigerweise - sofern sie nicht die Gegenwehr aufnehmen- stark verschlechtern wird. Diese Verschlechterung ist die objektive, nicht wegzudenkende Grundlage für die Verschärfung auch des Widerspruchs zwischen den Lohnabhängigen, den Rentnern, Pensionisten und kleinen Gewerbetreibenden und dem Staat.
Es gibt genügend Gründe für die Massen, aufzustehen und sich zu wehren. Der Zwang dazu wird mit der Entwicklung der Krise und mit der Politik der Bourgeoisie und ihres Staats immer grösser werden. Wie schaut es aber "auf der subjektiven Ebene", in den Köpfen der Massen, bei ihrem Verhalten aus? Warum ist es schwer, sie heute für den Kampf

gegen die staatliche Ausplünderung zu mobilisieren, inwiefern sind die Kampfbedingungen schlecht?
Hier wurde als entscheidender Umstandxxx die ideologische Bindung an den bürgerlichen Staat und an die Bourgeoisie hervorgestrichen: insofern nämlich, als die Werktätigen noch massenweis auf die Propaganda der Bourgeoisie hereinfallen und noch Erwartungen und Hoffnungen haben in Bezug auf die staatlichen Massnahmen. Im Vordergrund steht hier heute bei weitem die Frage der Arbeitsplatzsicherung , die Lüge und der Glaube, dass mittels der staatlichen Eingriffe die Krise verhindert oder doch sehr gemildert werden könne, und dass deshalb Steuererhöhungen etc. (genauso wie Reallohnsenkungen) vielleicht doch notwendig sein könnten. Es ist klar, daß sich hier im Vergleich zum letzten Jahr einiges geändert hat: geändert hat sich die zugrundeliegende objektive Situation, die Wirtschaft ist in eine Krise geraten und die Arbeitslosigkeit ist tatsächlich zu einer drohenden Gefahr geworden, die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust ist größer geworden. Auf diese Angst schneiden die bürgerlichen Parteien heuer ihre Propaganda zu, andere Argumente, die sie im letzten Jahr gebraucht haben treten relativ in den Hintergrund. Das heißt aber natürlich nicht, daß sie überhaupt keine Rolle mehr spielen. Die Propaganda mi der Arbeitsplatzsicherung wird gerade wegen der herrschenden wirtschaftlichen Situation zum Hauptschlager der Bourgeoispolitiker; Die ÖGB-Führung hat einen Beschluß gefaßt, in dem sie die staatliche Ausplünderung rundweg verteidigt und mit der "Arbeitsplatzsicherung" begründet - weil sie darauf hoffen kann, daß das heute noch ziemlich zieht. Die Arbeiter und die anderen Werktätigen sind in dieser Situation für diese Propaganda einmal leicht empfänglich, sie sind zuerst einmal eher bereit, hier bestimmte Erwartungen in den Staat und seine Maßnahmen zu hegen; auch wenn sie eigentlich aus Erfahrung schon wissen, daß vom Geschwätz der BourgeoisPolitiker nichts zu halten ist, so bleiben doch gewisse Hoffnungen und Zweifel. Die Bereitschaft zur Gegenwehr und zum Kampf wird durch diese ideologische Bindung gehemmt der Spielraum zum Handeln wird durch die Entwicklung der Krise und ihre Auswirkungen auf die Kampfbedingungen der Arbeiter eingeengt, eine Verschlechterung dieser Bedingungen im Betriebgegenüber den Kapitalisten hat auch entsprechende Auswirkungen auf die Bedingungen im XXXXXXX Kampf gegen den Staat und die Gemeinde und auf die Bereitschaft der Arbeiter, sich hier zum Handeln zu entschliessen.
Unter diesen Umständen erweist es sich als umso notwendiger, eine sorgfältige, fundierte und hartnäckige ideologische Arbeit zu leisten Gegen die ideologische Bindung der Massen an die Bourgeoisie, hier in insbesondere und vor allem gegen alles Gerede von der Arbeitsplatzsicherung, gilt es heute Schlag auf Schlag zu führen. Die Analys der Lgae und der Bedingungen weisen uns gerade auf die große und vorrang gige Bedeutung der ideologischen Arbeit unter den Massen hin. Durch eine gründliche ideologische Wühlarbeit werden die praktischen Schritte der Massen vorbereitet werden, kann der Übergang der Massen zu tatsächlichen Kampfschritten gegen die Kapitalisten und ihren Staat vorbereitet werden.
Die Schritte, die wir heute in unserer Politik gegen die staatliche Ausplünderung setzen, haben angesichts der herrschenden Bedingungen n nicht zum Inhalt, den Kmapf um den Fall der bestimmten vom Gemeinderat in dieser Woche zu beschliessenden Tariferhöhungen unmittelbar

auf die Tagesordnung zu setzen, dazu sind wir nicht in der Lgge. Sehr wohl aber dienen sie dazu, kommende Kampfschritte vorzubereiten, den Boden für den Aufbau einer starken Kampffront vorzubereiten. Dazu müssen sie jedenfalls dienen, wenn sie erftlgreich sind. Darüber, welche Schritte jetzt genau zu tun sind, wie wir ausgehend von einer bestimmten Einschätzung der Lage vorwärtskommen, gibt es Unklarheiten und Differenzen.

Keine Differenzen traten einmal bei dem auf, was so allgemein über die Bedeutung der "ideologischen Arbeit" in der jetzigen Situation g sagt worden ist. Unklarheiten mögen darüber herrschen, was mit "in die Tiefe gehen" gemeint war. Damit war nichts anderes gemeint, als a daß wir im Kampf gegen die staatliche und kommunale Ausplünderung in dieser Woche und die ganzen Zeit kein Kampagnenwesen an den Tag legen wollen, sondern dort unsere politische Arbeit verbesserb, inten sivieren und grüdlicher durchführen wollen, wo wir schon bisher gearb beitet haben. Wir sollen in der Mobilisierung für die Demonstration v a. unsere bestehenden Kontakte ausnutzen, unsere Sympathisanten "be- abreiten", um sie für die aktive Teilnahme an der Demonstration und für die Verbreitung des protests unter den Kollegen zu gewinnen. Kain Kampagnenwesen an den Tag legen, "nicht zum Rotieren beginnen" bedeutet natürlich nicht, daß wir die Mobilisierung für die Protest- dmeonstration eh ncht so ernst zu nehmen bräuchten, daß das halt so nebenher laufen könnte; Selbstverständlich muß diese Woche die Mobili sierung für die Protestdemonstration ernst genomen werden, muß sie notwendigerweise im Vordergrund unserer Arbeit stehen, wenn wir uns auch nicht planlos nur noch auf die Tariferhöhungen stürzen und alle anderen gegenwärtig wichtigen Fragen unserer Politik (Kolektivverträ- ge,....) aus dem Auge verlieren dürfen.

In Bezug auf die geplante Protestdemonstration traten vehemente Dif- ferenzen darüber auf, ob sie geeignet ist, den Kampf gegen die staat- liche Ausplünderung zu nutzen und weiterzubringen. Die Demonstra- ion jetzt sei nicht sinnvoll, man stehe erst am Anfang, jetzt gelte es erst dienotwendige Überzeugungsarbeit zu leisten, die Bewegung dadurch aufzubauen, mit Ständen, u.U. ein Tafelmarsch; eine demonst Demonstration sei erst sinnvoll, nachdem die Bwegung durch solche Aufklärungsarbeit aufgebaut ist, jetzt kann man sowieso niemand mo- bilisieren...(siehe Aufzählung von Argumenten, die bei einer Diskus- sion gefalle sind, am Anfang des Papiers)

Falsch an diesen Ansichten ist, daß Schema, daß man an die politische Arbeit der Kommunisten anlegt und mit dem man den Inhalt und die Formen dieser Arbeit sich zu bestimmen anschickt. Auf dr anderen Seite wird die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer Kampffront eines tatsächlich unmittelbar auf der Tagesordnung stehenden Kampf für den Fall der betreffenden Angriffe in der Zukunft gesehen, auf der anderen Seite steht dann die Aufklärung , auf die man sich vor- rst auf einige Ziet bis es(mit den Massen) soweit ist, beschränken müsse (mittels der tagtäglichen Stadtagitation, Stände...)

Auf der einen Seite steht die Demonstration, die man in der Zu- kunft einmal wird machen können, wenn es tatsächlich um einen Kampf gehe, die aber jetzt schädlich wäre, da wir ja noch Aufklärung, "bloße" Propagnada und Agitation machen müssen. Eine Demonstration ist in diesen Vorstellungen etwas von ihrer politischen Funktion und ihrem Charakter her ganz bestimmtes.

Ein solches Schema ist unbrauchbar und passt nicht auf die Realität.Wie passt z.B. in dieses Schema,wenn wir,was wohl niemand als falsch erachten wird,in einer bestimmten Situation,in der es noch nicht um einen Kampf im obigen Sinne geht,Beschlüsse in verschiedenen Gewerkschaftsgremien, in Betriebsräten,in Betriebsversammlungen usw.anstreben ? Ist das vielleicht unter Aufklärung zu fassen ? Das weist halt nur drauf hin,daß es ausser der so schematisch verstandenen Demonstration und Aufklärung noch verschiedensse politische Schritte gibt,die man setzen kann und die man setzen muß,will man bestmöglich vorwärtsschreiten.
Die geplante Protestdemonstration ist ein solcher politischer Schritt, eine politische Maßnahme,die wir heute,bei der Beschlußfassung über einen der ersten großen Brocken der staatlichen Ausplünderungsmaßnahmen,setzen müssen.Ein Schritt,den die Situation verlangt.Weil wir damit die Sympathisanten und all diejenigen Kollegen und Menschen,die in dieser Sache weitgehend mit uns übereinstimmen,in ein aktives Verhalten,in einen aktiven Schritt gegen die staatliche Ausplünderung einbeziehen können und dies ja seine Auswirkungen auf ihr Verhalten am Arbeitsplatz,gegenüber hren Kollegen,usw. haben wird,die sie für das Auftreten gegen die staatliche Ausplünderung,gegen alle Angriffe der Kapitalsiten und ihres Staates gewinnen sollen.Weil viele Kollegen zwar am Freitag nicht mitgehn werden, den Zweck,die Sache aber richtig finden werden,weil sie nicht der Gemeinde,sondern den Demonstranten recht geben werden.Weil die Kräfte,die für die Demonstration mobilisiert werden können,mit ihrem Verhalten,mit diesem Protest in die richtige Richtung weisen,in die schließlich alle Werktätigen marschieren müssen,wollen sie ihre Interessen nicht einfach den Kapitalisten und ihren Polithaien opfern.Weil die Demonstration so zu einem einigermaßen durchschlagenden Katalysator des Unmuts und des Protests gegen die Verschlechterungen werden kann.Insofern ist es ganz richtig,den Schritt zu setzen und ihn zu nutzen,um den Widerstand gegen die staatliche Ausplünderung voranzubringen.
Soweit es um den Einwand geht,die Demonstration habe keine Losungen und Forderungen,handelt es sich wohl um ein Mißverständnis.Denn sehr wohl werden solche mitgetragen werden : Gegen die Erhöhung des Stromtarifs ! Gegen die Erhöhung des Gastarifs ! Staatliche Ausplünderung sichert keine Arbeitsplätze ! usw.Es wird auf Tafeln auf die noch bevorstehenden Angriffe aufmerksam gemacht werden.Schließlich handelt es sich ja um eine Protestdemonstration gegen bestimmte Maßnahmen der Gemeinde und das wird deutlich zum Ausdruck kommen,auch wenn die Demonstration nicht die unmittelbare Perspektive haben kann,diese Maßnahmen zu Fall zu bringen. Es ist dies ja auch wirklich ein sonderbares Argument,was einem ja auch sofort auffallen muß,wenn man etwa an die vielen Protestdemonstrationen denkt,die wir schon organisiert haben.Es steckt da wieder so ein schematisches Denkmuster dahinter: hie Protestdemonstration,womöglich ohne Losungen und Forderungen,da Kampfdemonstration (eigentliche Demo.), beide durch eine chinesische Mauer getrennt.Mögliche Zusammenhänge und Übergänge zwischen den beiden,die durch eine Veränderung der Kräfteverhältnisse bedingt sind,werden nicht mehr gesehen.In diesem Zusammenhang herrscht z.T. auch folgendes falsche, Bild von den Unterschieden zwischen unserer Politik in der Tarifauseinandersetzung im vergangenen Jahr und in diesem Jahr : Damals hätten wir halt von allem Anfang an ordentlich aufgedreht,heuer sind wir vorsichtig geworden und nennen es nur noch 'Protestdemonstration'.
Unterschiede in der Klassenkampfsituation,-im Kräfteverhältnis werden keine mehr gesehen ; der Veränderungen,die hier stattgefunden haben , ist man sich noch nicht wirklich bewußt.(Man könnte,um hier Klarheit zu schaffen,auch über unsere wirklichen Fehler im letzten Jahr nochmals den Artikel von G.St. im Kommunist I heranziehen).
Es wird schließlich befürchtet,daß wir uns mit der Organisierung der Demonstration von den Massen isolieren könnten.
Manche Genossen haben eine ziemlich einseitige und undialektische Betrachtungsweise der Situation. Sie sehen nur mehr die ideologische

Bindung der Massen an die Bourgeoisie und haben noch dazu ein übertriebenes und erdrückendes Bild davon:Demnach fallen die Arbeiter und die anderen Werktätigen rundherum "auf den Kreisky" herein,identifizieren sich mit der Politik der Regierung,finden sie durchwegs gut,sind quasi bereit, sie aktiv zu vertreten,usw.Es spielen in ihren Überlegungen auch die objektiven Entwicklungen und ihre Asuwirkungen auf die Klassenakmpfsituation kaum eine Rolle.Insgesamt machen sie sich eine sehr pessimistische Sichtweise zueigen, die Auswirkungen auf ihre Stellung zu den verschiedenen möglichen praktischen Scgritten in unserer Politik hat.
Aber es ist ja nicht so,daß die Arbeiter auf die Politik der Regierun g, der Bourgeoisie rundwegs hineinfallen;es ist ja nicht etwa so,daß wir damit konfrontiert sind,daß die Arbeiter die räuberischen Maßnahmen des Staats und der Gemeinde begrüßen.Die Situation ist eher die,daß sie eine Wut haben,mit der sie nicht wissen wohin;daß sie keinen Ausweg sehen von illusionären Hoffnungen und ausgeschwatzten Erwartungen gehemmt werden.
Je mehr diese Erwartugen die Entwicklung ihrer Lage durch die Arbeitslosigkeit und die ständig zunehmenden Agriffe der Kapitalisten und des Staates betrogen werden,je mehr Explosivstoff sich so notwendigerweise anhäufe wird-und je mehr Explosivstoff ist unter den heutigen Bedingungen notwendig-, desto schneller werden diese Hemmnisse auch schwinden und werden die Massen sich für die Linie des Kampfes entschließen.Die Bedingugen dafür,und damit auch der Boden für unsere ideologische Arbeit sind günstig:die Lügen der bgl.Politiker werden durch die Entwicklung der Verhältnisse,die Zunahme der Arbeitslosigkeit selbst widerlegt,dazu die Akkumulation der staatlchen Ausplünderungsmaßnahmen über mehrere Monate hinweg.
Ob wir uns von den Massen isolieren oder nicht,hängt do h wohl in erster Linie von der Sache,den Interessen,den Forderungen ab,für die wir und alle jene,die wir auch für diese Demo.schon werden mobilisieren können, demonstrieren werden.Da ste kt die Befürchtung dahinter : 1) die Kommunisten werden allein auf der Straße sein- was sie ncht sein werden,es sei denn,wir v rgessen zu mobilisieren und so viele Menschen wie möglich zum Mitgehen zu bewegen . 2) die Kommunisten treten für etwas ein, was die Leu e nicht verstehen und was ihre Feindschaft und Ablehnung hervorruft.Das geht aber,glaube ich,weit an der wirklichen Stimmung unter den Werktätigen vorbei.

W.R.